

Rede des Genossen Erich Honecker:

Liebe Genossen!

Zunächst möchte ich im Namen des Zentralkomitees unserer Partei dem Zentralkomitee der KPdSU, dem Politbüro, insbesondere Genossen L.I. Breshnew, recht herzlich danken für die Initiative zu diesem Treffen. Gleichzeitig möchte ich dem ZK der KPdSU die herzlichsten Glückwünsche aussprechen für die Erfolge in der Außenpolitik, die die Sowjetunion seit dem 1. Krimtreffen errungen hat und nochmals Genossen L.I. Breshnew beglückwünschen zu seiner hohen Auszeichnung mit dem Internationalen Lenin-Friedenspreis.

Seit der letzten Zusammenkunft, auf der wir unsere Politik in wichtigen Fragen abgestimmt haben, vollzogen sich bedeutsame Veränderungen in der internationalen Situation. Genosse L. I. Breshnew hat in seinen Darlegungen diese Veränderungen analysiert und die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen. Bevor ich auf einzelne Aspekte der internationalen Entwicklung und die sich daraus für uns ergebenden Aufgaben eingehe, möchte ich zum Ausdruck bringen, daß ich den Darlegungen des Genossen L.I. Breshnew und den in ihnen enthaltenen Vorschlägen für unsere gemeinsame weitere Tätigkeit voll und ganz zustimme.

Das Zentralkomitee unserer Partei schätzt die vom Zentralkomitee der KPdSU und der Sowjetregierung seit unserem letzten Krim-Treffen geleistete Arbeit sehr hoch ein. Die große Initiative der Sowjetunion bei der Verwirklichung des vom XXIV. Parteitag beschlossenen Friedensprogramms hat zu großen Fortschritten bei der Verwirklichung der abgestimmten Politik der Staaten unserer sozialistischen Gemeinschaft geführt. Wir sind für die große Unterstützung dankbar, die die Sowjetunion sowie die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft der DDR in der internationalen Arena erwiesen haben. Der Freundschaftsbesuch des Genossen L.I. Breshnew am 12. und 13. Mai dieses Jahres in der DDR hat eine große politische Bedeutung und nachhaltige Wirkung. Die überaus herzliche Aufnahme des Genossen Breshnew in der DDR

legt Zeugnis davon ab, daß unsere gemeinsame aktive Friedenspolitik, die sich auf die Kraft und wachsende Autorität der Sowjetunion begründet, die volle Unterstützung bei den Bürgern der DDR findet. Mit der Sowjetunion auf ewig verbunden - diese Losung findet in den Taten unseres Volkes bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft tagtäglich ihre Bestätigung.

Wir sind mit der von Genossen L.I. Breshnew hier gegebenen Einschätzung der Lage und den sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen völlig einverstanden. Auch wir meinen: Der Übergang vom kalten Krieg zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz vollzieht sich nicht nur in Europa, sondern auch im Weltmaßstab. Das ist das Ergebnis unserer gemeinsam abgestimmten Politik, das ist insbesondere das Ergebnis der von der Sowjetunion mit den imperialistischen Mächten, vor allem mit den USA abgeschlossenen sehr wichtigen Abkommen. So zeigen die geschaffenen Tatsachen im internationalen Leben: Die friedliche Koexistenz ist jetzt nicht mehr nur Programm und Deklaration, sondern wird vor allem dank der Macht und der klugen und zugleich dynamischen Politik der Sowjetunion im zunehmenden Maße Grundlage der internationalen Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher sozialer und politischer Ordnung. Damit bildet sich eine neue Lage in der Welt heraus.

Die Verhandlungen des Genossen L.I. Breshnew mit Nixon und die erzielten Resultate haben die Position des Sozialismus und des Weltfriedens gefestigt. Sie sind ein großer Beitrag für die Verwirklichung des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPdSU. Die geschlossenen Abkommen sind außerordentlich wichtige Schritte zur Abwendung der Gefahr eines nuklearen Weltkrieges und zur konkreten Durchsetzung der Beziehungen der friedlichen Koexistenz als Norm der Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten.

Das Abkommen über die Verhütung eines nuklearen Krieges ist unseres Erachtens seit dem Potsdamer Abkommen das wichtigste zwischen der UdSSR und den USA zur Sicherung des Weltfriedens. Es ist unseres Erachtens das erste entscheidende Abkommen im

Atomzeitalter zur Verhütung eines nuklearen Krieges. Es dient dem strategischen Ziel der Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft, eine langandauernde Friedensperiode zu sichern, und damit zugleich günstige Bedingungen äußerer Art für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau in unseren Ländern zu schaffen. Die USA haben mit ihrer Unterschrift unter dieses Abkommen faktisch das Scheitern der von ihnen jahrelang betriebenen Politik der atomaren Erpressung eingestanden.

Die Übereinkunft über die Grundprinzipien für die Verhandlungen über die weitere Begrenzung der strategischen Offensivwaffen bedeutet den Übergang von der zeitweiligen zur ständigen Rüstungsbegrenzung und zur Vorbereitung von Teilschritten zur Abrüstung bei Kernwaffen. Ihre Realisierung wird hinsichtlich der modernsten, gefährlichsten und teuersten Waffen eine wichtige materielle Grundlage für die Realisierung des Abkommens über die Verhütung eines Nuklearkrieges schaffen.

Durch die Bekräftigung der Nützlichkeit des gesamten Vertragswerkes in Europa wurde im sowjetisch-amerikanischen Kommuniqué die darin völkerrechtlich verankerte Unverletzlichkeit der Grenzen, der territorialen Integrität der sozialistischen Staaten Europas von den USA erneut nachdrücklich anerkannt. Gleichzeitig wurde damit sowie durch das Hervorheben der Bedeutung des Eintritts der DDR in die UNO seitens der Hauptmacht des Imperialismus die internationale Rolle und Souveränität der DDR anerkannt.

Diese abgeschlossenen Abkommen und Vereinbarungen sowie ihre Realisierung schaffen günstige Bedingungen für die Verteidigung des Friedens, für den Aufbau des Kommunismus und Sozialismus in unseren Ländern, für die weitere erfolgreiche Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern und für die nationale Befreiungsbewegung.

Die Abkommen der UdSSR mit den USA erschweren die Pläne der aggressivsten Kreise des Weltimperialismus, insbesondere der extremen Kräfte des militärisch-industriellen Komplexes, die im Interesse des Wettrüstens Spannungen zwischen den USA und der UdSSR schüren. Sie durchkreuzen die Pläne der Pekinger Führer, die positive Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu stören. Sie trugen dazu bei, jene Kräfte in den USA zu schwächen, die nach wie vor bestrebt sind, gegenüber der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft von der Position der Stärke aus zu handeln.

Das Zentralkomitee der SED schätzt die Ergebnisse des Besuches des Genossen L.I. Breshnew in der BRD hoch ein. Bereits die Vorbereitung des Besuches des Genossen L.I. Breshnew in der BRD hat dazu beigetragen, eine Atmosphäre zu schaffen, die es uns ermöglichte, den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu ratifizieren. Die Ergebnisse des Besuches selbst haben sich, wie wir alle wissen, günstig auf die internationale Entwicklung, auf den Prozeß der Entspannung ausgewirkt. Sie tragen dazu bei, Europa zu einem Kontinent friedlicher Zukunft, gegenseitigen Vertrauens und vorteilhafter Zusammenarbeit zu verwandeln. Die politischen Gespräche, die Genosse L.I. Breshnew in Bonn führte haben mit Erfolg dem gemeinsamen Ziel gedient, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland voll in Anwendung zu bringen. Die politischen Gespräche, die Genosse Leonid Iljitsch Breshnew in Bonn führte, haben mit Erfolg zu unserem gemeinsamen Ziel geführt, daß in Europa die Prinzipien der friedlichen Koexistenz immer stärker zur Grundlage der Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten werden. In der Tat war es - wie Genosse Leonid Iljitsch Breshnew zum Ausdruck brachte - für die Erreichung unseres Zieles sehr nützlich, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder, insbesondere seit dem letzten Krim-Treffen, eine Reihe von bestimmten abgestimmten Aktionen gegenüber größeren kapitalistischen Staaten unternommen haben.

Mein Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden der SPD und FDP im Bundestag, Wehner und Mischnik, trug dazu bei, den Weg zur Ratifizierung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und zur Antragstellung für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO zu ebnen.

Die Ergebnisse des Treffens mit Wehner, die ein Schritt vorwärts waren in der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, wurden am 13. Juni vom Parteivorstand, vom Parteirat und von der Parteikontrollkommission auf einer gemeinsamen Tagung voll und ganz gebilligt.

Im Ergebnis des Vertragswerkes, das nunmehr durch den Vertrag CSSR/BRD abgeschlossen wird, ist unseres Erachtens in Europa eine neue Lage entstanden. Damit wurden die von der sozialistischen Staatengemeinschaft, den kommunistischen und Arbeiterparteien Europas gegenüber der BRD aufgestellten außenpolitischen Grundanfordernisse, die für die Zurückdrängung und Fesselung des Militarismus und Revanchismus in der BRD und die Eingliederung dieses Staates in die Politik der friedlichen Koexistenz unabdingbar waren, durchgesetzt. Selbstverständlich unterschätzen wir die Kräfte nicht, welche die Entwicklung wieder rückgängig machen wollen. Umso notwendiger ist die konsequente und kluge Fortsetzung unseres Kampfes, die erreichten Ergebnisse zu sichern und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz voll durchzusetzen - das heißt zunächst vor allem: Die abgeschlossenen Verträge von allen Seiten nach Buchstaben und Geist anzuwenden und zu verwirklichen.

Wir stimmen darin überein, daß der Beginn der Sicherheitskonferenz in Helsinki von historischer Bedeutung und ein Erfolg unserer gemeinsamen Strategie ist. Wir bewerten die Ergebnisse der ersten Phase der Sicherheitskonferenz insgesamt positiv. Die von der Konferenz bestätigten Schlußempfehlungen der Dipoli-Konsultationen entsprechen in der Grundlinie der gemeinsamen Zielsetzung der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Die erste Phase war vor allem durch die Initiative der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten gekennzeichnet, die für die Tagesordnung konstruktive Beschlüßdokumente unterbreitet haben. Das wichtigste Dokument ist die von der UdSSR unterbreitete Generaldeklaration für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, die unseres Erachtens im Vordergrund unserer diplomatischen und allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit stehen sollte.

Die insgesamt positive Bewertung des bisherigen Verlaufs der Sicherheitskonferenz läßt uns nicht übersehen, daß die EWG und die NATO-Staaten das Ziel verfolgen, die weitere Durchführung der Konferenz im Sinne ihrer Konzeption zu nutzen. Die von ihnen während der ersten Phase vorgelegten Vorschläge zielen, wie bekannt ist, darauf ab, den politischen Inhalt der Sicherheitskonferenz zu verwässern und diese Konferenz vorrangig auf die Erörterung des 2. und 3. Tagesordnungspunktes zu konzentrieren. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß die Massenmedien der BRD die von Herrn Scheel in Übereinstimmung mit den NATO-Verbündeten abgegebene Erklärung begeistert begrüßten, er werde die Konferenz platzen lassen, wenn sie nicht den Standpunkt der BRD zur Frage des freien Austausches von Meinungen und Personen annimmt.

In der nächsten Phase ist unseres Erachtens mit einem weitgehend abgestimmten Vorgehen der EWG- und NATO-Staaten und mit harten und komplizierten Auseinandersetzungen zu rechnen. Durch die Entwicklung der Dinge einmal an den Konferenzstisch gebracht, wollen sie selbstverständlich viel im Sinne ihres Konzepts zu erreichen suchen. Deshalb ist ein gut organisiertes, gemeinsames Vorgehen der Staaten des Warschauer Vertrages für den weiteren erfolgreichen Verlauf der Sicherheitskonferenz eine wichtige Voraussetzung. Das ist sehr entscheidend für den Erfolg unserer Bemühungen, Maßnahmen auszuarbeiten, die darauf gerichtet sind, die Entstehung eines Krieges, insbesondere eines Nuklearkrieges, zu verhindern.

Die in Europa entstandene neue Lage findet ihren Ausdruck auch in der weltweiten Anerkennung der DDR. Dafür haben die Sowjetunion, die sozialistischen Bruderländer sowie die kommunistischen und Arbeiterparteien seit Jahrzehnten einen entschlossenen Kampf geführt. Es ist bekannt, daß bis jetzt 89 Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR unterhalten. Weitere kommen in der nächsten Zeit hinzu. Die DDR ist bereits Mitglied von vielen Spezialorganisationen der UNO. Die gleichberechtigte Einbeziehung der DDR in die bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen den Staaten ist erreicht. Sie nimmt gleichberechtigt an den Konferenzen in Helsinki und Wien teil. Mit der Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO wird dieser Prozeß auch im Weltmaßstab seine Krönung finden. Selbst der Vatikan kann an dieser Lage nicht vorbeigehen.

Wir möchten, liebe Genossen, die Gelegenheit nutzen, um dem Zentralkomitee der KPdSU und den Zentralkomitees aller anderen Bruderparteien sowie ihren Generalsekretären für die langjährige tatkräftige Hilfe und Unterstützung im Kampf für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR recht herzlich zu danken. Die Stärkung der internationalen Position der DDR ist zweifellos ein gemeinsamer Erfolg der abgestimmten Außenpolitik der Bruderparteien und Staaten für die Festigung der Position des Sozialismus in Mitteleuropa.

Wir sind voll und ganz mit dem Vorschlag des Genossen Leonid Iljitsch Breschnew einverstanden, zum gegebenen Zeitpunkt eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses einzuberufen, um den Verlauf und die Ergebnisse der europäischen Sicherheitskonferenz einzuschätzen und unsere nächsten gemeinsamen Schritte abzustimmen.

Wenn wir die Resultate unseres gemeinsamen Kampfes überschauen, so möchte ich die Feststellung des Genossen L.I. Breschnew unterstreichen, daß es dank unserer gemeinsamen Bemühungen gelungen ist, eine grundlegende Wende in den internationalen Beziehungen

herbeizuführen. Es vollzieht sich in der Tat eine grundlegende Wende. Die Periode des kalten Krieges wird durch eine neue Periode der internationalen Beziehungen abgelöst, deren Grundlage die breite Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz bildet. Die Nachkriegsstrategie des Weltimperialismus, den Sozialismus zurückzurollen, die Sowjetunion zu isolieren, das Erstarren des sozialistischen Weltsystems zu verhindern, ist gescheitert. Wichtige Ziele der gemeinsamen Strategie des Weltsozialismus sind erreicht worden.

Ein bedeutender Teil des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages und der Aufgaben, wie sie im Hauptdokument der Internationalen Beratung von 1969 formuliert wurden, ist bereits erfüllt. Das trifft im Weltmaßstab, insbesondere aber für den europäischen Kontinent zu. Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 hatte noch kein Aktionsprogramm des Weltsozialismus einen solchen Einfluß auf die internationale Entwicklung wie das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages.

All das zeigt, daß die imperialistischen Mächte immer mehr dem Zwang zur Anpassung an das zugunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis in der Weltarena unterliegen. Das ist vor allem das Ergebnis der Macht der Sowjetunion, der konsequenten und schöpferischen, marxistisch-leninistischen Politik, wie sie vom Zentralkomitee der KPdSU, insbesondere seit dem Oktoberplenium 1964 und mit den Beschlüssen des XXIII. und XXIV. Parteitages verwirklicht wird. Das ist zugleich das Ergebnis der Stärkung und Festigung der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft, unseres sozialistischen Verteidigungsbündnisses - der Organisation des Warschauer Vertrages -, dessen 20. Jahrestag wir entgegengehen, und das wir weiter stärken und dessen Mechanismus wir weiter vervollkommen müssen.

Es ist das Ergebnis unserer Einheit und Geschlossenheit, der Wirksamkeit unserer konstruktiven und weitsichtigen koordinierten Politik in der internationalen Arena sowie der Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern.

Es ist unseres Erachtens angebracht, mit aller Gründlichkeit zur Theorie und Praxis der gegenwärtigen chinesischen Führer Stellung zu nehmen, ihre Ideologie und Praxis als das zu kennzeichnen, was sie ist: ein - wie wir auf der 9. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei am 28. und 29. Mai 1973 festgestellt haben - vollkommener Bruch mit dem Marxismus-Leninismus und zugleich ein störendes Element in der Vorwärtsbewegung in der Welt.

Wenn wir die Theorie und Praxis der gegenwärtigen Pekinger Führer analysieren, so tritt ganz offen zutage, daß die Politik und die Ideologie des Maoismus gegen die Interessen aller sozialistischen Länder, gegen die gesamte kommunistische Weltbewegung und die nationale Befreiungsbewegung gerichtet ist. Praktisch erhalten die Gegner der Gesundung der internationalen Lage Schützenhilfe von der chinesischen Führung. Daraus entsteht dem Kampf der Völker um Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus großer Schaden. Nach Auffassung des Zentralkomitees unserer Partei ist und bleibt in der heutigen Situation die allseitige Entlarvung und aktive Bekämpfung der Spalterpolitik der chinesischen Führer eine prinzipielle Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien. Entsprechend den Ergebnissen der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau und den Beschlüssen unseres VIII. Parteitages ist unsere Partei entschlossen, das Ihrige dazu beizutragen, um die Politik der Pekinger Führer zu durchkreuzen.

Es mag hier und da die Auffassung geben, daß diese Frage, das heißt der Kampf gegen den Maoismus, nicht von so aktueller Bedeutung sei, um ihn zum Gegenstand einer gründlichen Klärung in der internationalen Arbeiterbewegung zu machen. Dem ist jedoch nicht so. Nach gründlicher Prüfung der Tatsachen mußten wir feststellen, daß sich im außenpolitischen Kurs Pekings ein weiterer Rechtsdruck vollzogen hat. In erster Linie wird er durch den wütenden Widerstand gegen die abgestimmte Außenpolitik der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer gekennzeichnet, da - wie auf der 9. Tagung unseres Zentralkomitees im Bericht des Politbüros festgestellt wurde - eine Umorientierung der Beziehungen der Volksrepublik China auf die imperialistischen Staaten erfolgte.

Immer neue Tatsachen werden bekannt, die davon zeugen, daß sich die chinesischen Führer prinzipienlos mit allen und jedem verbinden, um ihr Hauptziel zu erreichen: Der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie der kommunistischen Weltbewegung Schaden zuzufügen. Mit Hilfe der verlogenen These von zwei "Supermächten" wollen sie ihre wahren Absichten tarnen.

Wenn wir uns die Presse der imperialistischen Zeitungskonzerne ansehen, so können wir feststellen, daß sie mit Wohlwollen diese Politik der Pekinger Führer registriert. "Die Philosophie der chinesischen Außenpolitik", so schrieb vor kurzem die bundesrepublikanische "Neue Rheinzeitung", "ist insofern brutal einfach, daß sie davon ausgeht, was den Russen nützt, ist schlecht, was ihnen schadet, ist gut." Also, so registrierte man in dieser Zeitung mit einem bestimmten Zynismus, ist die NATO gut und eine starke und erfolgreiche europäische Gemeinschaft noch besser.

Niemand kann von der Hand weisen, daß die chinesischen Führer, wenn auch ohne Erfolg, in Europa alles versuchen, um den Prozeß der Entspannung und der Entwicklung normaler, gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit allen Staaten unseres Kontinents auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu hintertreiben. Heute übertreffen sie selbst die Imperialisten, indem sie den politischen Leichnam einer angeblich sowjetischen Bedrohung Atem einzuhauchen versuchen. Der Zweck ist klar, er besteht darin, die aggressivsten Kreise der NATO in ihren Bestrebungen, die Entspannung zu hintertreiben, zu fördern. Sie unterstützen den Zusammenschluß der westeuropäischen Länder als Gegengewicht zur sozialistischen Staatengemeinschaft, befürworten eine Stärkung der NATO und die Beibehaltung der militärischen Präsenz der USA in Europa. Das in Europa entstandene Vertragswerk zur Anerkennung der territorialen Integrität, des Gewaltverzichtes und der Entwicklung einer gutnachbarlichen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten versuchen sie als ein Provisorium zu diffamieren. Jeder erkennt, daß diese Haltung in vollem Maße den Zielen der reaktionären und reaktionistischen Kräfte des Imperialismus einschließlich der BRD entspricht. Sie arbeiten Hand in Hand mit den reaktionären und aggressiven Kräften, die versuchen, den Geist des "kalten Krieges" wiedererstehen zu lassen und die Sache der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Fortschrittes zu behindern.

Besonders wird das in der Politik der chinesischen Führer zur sogenannten "deutschen Frage" deutlich, die in ihren anti-sowjetischen friedensfeindlichen Plänen offensichtlich einen festen Platz einnimmt. Nach Kräften nährt Peking die Fortsetzung der alten Politik in neuen Schläuchen. Sie reden vom Fortbestand einer "einheitlichen deutschen Nation", von der "Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland" und der "Wiedervereinigung des deutschen Volkes". Diese wohlbekanntes Thesen entstammen samt und sonders offiziellen Dokumenten der Regierung der Volksrepublik China. Hier fallen die Absichten der chinesischen Führer mit den Zielen bestimmter Kreise der BRD zusammen, die nach wie vor bestrebt sind, die "deutsche Frage" offenzuhalten, um sie als Zündstoff neuer Konflikte in Europa zu benutzen.

Große Begeisterung rief in den Massenmedien der Bundesrepublik die Unterstützung des revanchistischen Kurses in bezug auf Westberlin hervor. So schrieb zum Beispiel "Die Welt" am 17. 7. 1973, daß erfreulicherweise "Peking zur Zeit einen Berlin-Kurs steuert, der an demonstrativem Kontrast zur Haltung Moskaus, Ostberlins und anderer Regierungen der Ostblockländer nichts zu wünschen übrig läßt". "So reflektieren", wie diese Zeitung schreibt, "die jüngsten Äußerungen chinesischer Führer gegenüber bundesdeutschen Politikern und Wirtschaftlern eine beinahe nahtlose Übereinstimmung mit Bonn in der Berlin- und Deutschlandfrage."

Auch in anderen Teilen der Welt treibt, wie wir wissen, die chinesische Führung ihre schändlichen Spiele. In Asien ist sie weiterhin bestrebt, zusammen mit den aggressivsten imperialistischen Kreisen der USA und Japans ihren Einfluß auf Kosten der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder sowie der nationalen Befreiungsbewegung auszudehnen. Besonders rührig bemüht sie sich, die Verwirklichung der Idee eines Systems der kollektiven Sicherheit in diesem Gebiet zu sabotieren. Im Nahen Osten schüren sie den Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten, um eine politische Lösung zu verhindern. Gegenüber den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, gegenüber den revolutionär-demokratischen Bewegungen in Ländern, die sehr stark von Bauern und kleinbürgerlichen Schichten getragen wird, versuchen die Maoisten ihren Einfluß zum Schaden dieser Bewegung zu vertiefen.

Was die Beziehungen zu den einzelnen sozialistischen Staaten betrifft, so verfolgen die chinesischen Führer eine heuchlerische Politik. Sie versuchen, zwischen den sozialistischen Ländern zu differenzieren, Mißtrauen zwischen ihnen zu säen und sie von der Sowjetunion zu isolieren. Mit diesem Ziel hat Peking zum Beispiel gegenüber der DDR den Vorschlag unterbreitet, die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit zu verstärken. Sie motivieren dies trotz ihrer offenen Unterstützung der revanchistischen Konzeptionen des westdeutschen Imperialismus mit der Feststellung, die DDR stände doch im Westen auf Vorposten gegen den Imperialismus. Man solle nur ein wenig die Artikel gegen China einstellen und alles ginge besser. Offizielle chinesische Vertreter suggerieren den hinterhältigen Gedanken, daß die Erweiterung der bilateralen Beziehungen zur Volksrepublik China die Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen begünstigen würde. Das alles geschieht zur gleichen Zeit, da Peking alle konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion für die Normalisierung dieser Beziehungen zurückweist und die Wellen seiner antisowjetischen Hetze künstlich hochpeitscht. Uns scheint notwendig, daß man auf breiter Basis den wahren Charakter des Maoismus politisch und theoretisch entlarvt, damit alle fortschrittlichen Kräfte, Parteien und Organisationen, insbesondere der Staaten Westeuropas, Afrikas und Lateinamerikas, den reaktionären Charakter der Pekinger Politik erkennen und aktiv dagegen auftreten.

Das Haupthindernis für die Politik der chinesischen Führer sind und bleiben die Macht und der weltpolitische Einfluß der Sowjetunion, die Ausstrahlungskraft der Erfolge der sozialistischen Staatengemeinschaft. Ihre Errungenschaften demonstrieren klar und überzeugend die sieghafte Kraft der Ideen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Wir sind überzeugt, daß auch vor der Volksrepublik China die objektive Gesetzmäßigkeit des weltrevolutionären Prozesses nicht halt machen wird. Uns scheint es jedoch notwendig zu sein, stärker und noch koordinierter als bisher die Ideologie und Politik des Maoismus zu entlarven, das Komplott Pekings mit dem Imperialismus aufzudecken. Unsere Partei wertet gegenwärtig die diesbezüglichen Beschlüsse der 9. Tagung des Zentralkomitees zur all-

seitigen Entlarvung und Bekämpfung der Spalterpolitik der chinesischen Führer aus. Unsere ideologische und theoretische Arbeit ist darauf gerichtet, die politische und ideologische Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiter zu stärken.

Wir sind der Ansicht, daß sich die 1969 gemeinsam erarbeitete Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung voll und ganz bewährt hat, daß es gelungen ist, revisionistische, rechts- und linksopportunistische sowie nationalistische Auffassungen zurückzudrängen. Wir halten es jedoch für erforderlich, das Zusammenwirken der kommunistischen und Arbeiterparteien bei der Propagierung und Verwirklichung der Ideen des Marxismus-Leninismus sowie im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen den Nationalismus in allen seinen für die revolutionäre Bewegung gefährlichen Erscheinungsformen, gegen den Sozialreformismus, gegen die Theorie und Praxis des Maoismus zu erweitern.

Es wird notwendig sein, über die ideologischen und theoretischen Aufgaben im Kampf gegen den Maoismus die erforderliche Koordination zu gewährleisten. Unseres Erachtens ist die aktive ideologische und politische Auseinandersetzung mit der antileninistischen, antisozialistischen Tätigkeit der chinesischen Führer eine der wichtigsten Aufgaben. Wir sollten auch nicht zulassen, daß in irgendeiner Form versucht wird, maoistische Ideen in die Staaten des Warschauer Vertrages einzuschleusen.

Wir schätzen die erreichten bedeutenden Erfolge nüchtern ein. In allen imperialistischen Ländern vollzieht sich eine heftige Auseinandersetzung zwischen den aggressivsten und den realistischeren Kräften innerhalb der Monopolbourgeoisie. Innerhalb der Monopolbourgeoisie der USA zum Beispiel treten bedeutende Kräfte gegen den von der Regierung Nixon betriebenen Kurs der Anpassung an das Kräfteverhältnis auf. Das macht sich auch in der Haltung gewisser Kreise in der BRD bemerkbar.

Verstärkter Widerstand gegen die Abkommen zwischen der UdSSR und den USA und unsere gesamte weitere Politik zur Verwirklichung des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPdSU geht aus von einflußreichen Teilen des militärisch-industriellen Komplexes in den USA selbst und von westeuropäischen NATO-Partnern der USA, die in den sowjetisch-amerikanischen Abkommen eine Einschränkung ihres Spielraumes in der internationalen Arena und speziell im militärischen Bereich sehen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß in Westeuropa eine systematische Propaganda für das verstärkte Wettrüsten, für die Schaffung einer westeuropäischen Kernstreitmacht und für die Beschleunigung der Schaffung einer politischen Union Westeuropas eingesetzt hat.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD wurde eine wichtige Etappe der Auseinandersetzung mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus in der BRD abgeschlossen. Durch die erreichten Ergebnisse eröffnen sich große Möglichkeiten für die weitere Zurückdrängung der aggressivsten Teile des westdeutschen Monopolkapitals und die weitere Entwicklung einer breiten Massenbewegung für die Unterhaltung sachlicher Beziehungen mit den sozialistischen Ländern. Wir verfolgten dabei die Linie, die gesamte Entwicklung durch weitgehende Maßnahmen positiv zu beeinflussen, die abgeschlossenen Verträge und Abkommen nach Buchstaben und Geist zu erfüllen und so den Prozeß der Normalisierung der Beziehungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu fördern.

Dabei übersehen wir selbstverständlich nicht, daß trotz gegenteiliger Beteuerungen die Regierung Brandt/Scheel nach wie vor bestrebt ist, die alte Politik in neuem Gewand fortzusetzen, das heißt, die Liquidierung der sozialistischen DDR letzten Endes doch noch zu erreichen. Es ist kein Geheimnis, daß die Regierung der BRD nach wie vor bestrebt ist, den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sowie die noch auszuhandelnden Nachfolgeverträge auszunutzen, um ihren Einfluß in der DDR zu verstärken, um eine Lage zu schaffen, die

ihr die Unterstützung der KPdSU und der anderen Bruderparteien, für die ich im Namen des ZK der SED recht herzlich danke, in starkem Maße. Die gegenwärtig in der Hauptstadt der DDR stattfindenden X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, an denen Vertreter der Jugend aus 140 Staaten der Welt und 1 700 Organisationen sowie aus der DDR 500 000 Mitglieder der Freien Deutschen Jugend teilnehmen, legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht der sozialistischen Gemeinschaft, ihrer Ausstrahlungskraft auf die weitere Entwicklung des Kampfes für antiimperialistische Solidarität, für Frieden und Freundschaft. Die Eröffnungsveranstaltung im Stadion der Weltjugend wurde zu einer eindrucksvollen Manifestation der Vertreter der Jugend aller Kontinente. Sie zeigte, wie es Genosse L.I. Breshnew in der Grußbotschaft zum Ausdruck brachte, daß die Vertreter aller Kontinente, der verschiedensten politischen, ideologischen und religiösen Anschauungen sich vereinigen in ihrem Streben nach gegenseitiger Verständigung und gemeinsamer Aktion für den Frieden.

Im Interesse der weiteren Normalisierung der Beziehungen der DDR und der BRD haben wir ungeachtet aller Provokationen Verhandlungen über Post- und Fernmeldewesen, Gesundheitswesen aufgenommen. Auf einer Reihe anderer Gebiete werden wir die Verhandlungen mit ähnlichen Verhandlungen der Bruderstaaten eng koordinieren, gleichzeitig entsprechende völkerrechtliche Abkommen mit anderen kapitalistischen Staaten schließen und vor allem, in jedem Abkommen mit der BRD die völkerrechtlichen Positionen der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin bekräftigen und alle Versuche, diese Verträge zu unterlaufen, ja in ihr Gegenteil zu verwandeln, zurückweisen.

Entscheidend für die weitere Einengung des Spielraums des Revisionismus in der BRD ist die Notwendigkeit, die Regierung der BRD zu veranlassen, in der Staatsangehörigkeitsfrage den realen Tatsachen Rechnung zu tragen. Bei unseren Verhandlungen mit der BRD konnten in dieser Frage bekanntlich keinerlei Kompromisse erzielt werden. Es grenzt jedoch an Abenteuerium, nach wie vor auf der überholten Position des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom Jahre 1913 zu beharren. Es gibt Bürger der BRD und der DDR und

ihr die "friedliche Überwindung der bestehenden Grenzen zwischen der DDR und der BRD" entsprechend den Zielstellungen der Pariser Verträge ermöglichen soll. Daß eine solche Politik illusionär ist, braucht hier nicht erst betont zu werden, ihr Abenteuerertum liegt offen auf der Hand. Es versteht sich von selbst, daß wir dieser Frage sowohl in der theoretischen als auch praktischen Tätigkeit der Partei, im politischen Kampf stets die gebührende Aufmerksamkeit widmen. Dies umso mehr, als im Ergebnis unserer prinzipiellen und zugleich elastischen Politik des Abschlusses der bekannten Verträge sich in der DDR bereits in starkem Maße der freie Austausch von Meinungen und Personen vollzieht. Dafür sprechen die folgenden Tatsachen: Haben im Jahre 1972 rund 7,5 Millionen Bürger der BRD und Westberlins die DDR, die nur über 17 Millionen Einwohner verfügt, besucht, so werden es in diesem Jahr nach dem jetzigen Stand über 10 Millionen werden. So sind zum Beispiel in der Zeit vom 1. Januar 1973 bis 22. Juli 1973 bereits 4,1 Millionen Bürger der BRD und Westberlins in die DDR eingereist. Gleichzeitig besuchten bis zum 22. Juli 1973 825 000 Bürger der DDR die BRD und Berlin-West. Im Transitverkehr passierten bereits 6,5 Millionen die Straßen der DDR zwischen der BRD und Westberlin sowie 2,3 Millionen Kraftfahrzeuge. Durch den erweiterten Personenverkehr zwischen der DDR, der BRD und Westberlin sind wir selbstverständlich stärker mit der bürgerlichen Ideologie konfrontiert. Hinzu kommt, daß die Massenmedien der BRD, insbesondere Fernsehen und Rundfunk, ihre ideologische Diversion, ihre Einmischung in die Angelegenheiten der DDR, ihre massive antisowjetische und antikommunistische Propaganda verstärken. Vielseitig ist auch die Ausnutzung der neuen Möglichkeiten des Telefonverkehrs für die verstärkte ideologische Diversion. Es erhöht sich auch mit Duldung der entsprechenden Behörden Westberlins und der BRD der Mißbrauch der Transitwege zur Ausschleusung von Wissenschaftlern und Spezialisten der DDR, denen man ein luxuriöses Leben verspricht, und an denen die internationalen Verbrecherorganisationen 20 000 bis 80 000 Westmark pro Kopf verdienen. Die Entwicklung zeigt, daß unsere Partei gut mit den neuen Problemen fertig wird. Dabei hilft

keine Staatsangehörigkeit für alle Deutschen, die einmal in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1913 geboren wurden. Das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 wurde von der Bonner Regierung am 22. Februar 1955 durch ein Zusatzgesetz ergänzt. Danach bleiben die faschistischen Bestimmungen über die Sammeleinbürgerung in den Jahren 1938 bis 1945 für die BRD ausdrücklich gültig. Diese Sammeleinbürgerung bezieht sich auf die CSSR, auf die Volksrepublik Polen, auf Unionsrepubliken der UdSSR, auf Österreich und auf Jugoslawien. Jüngste Beispiele für das Vorgehen der BRD auf der Grundlage dieser Gesetze sind das verstärkte Eintreten, wie man sagt, zum Schutze sogenannter Volksdeutscher. In dieser Frage können wir keinerlei Konzessionen machen. Daraus ergibt sich: Der Ausbau der staatlichen Beziehungen unserer Länder mit der BRD ist mit dem ständigen Kampf zur Einschränkung und Zurückdrängung revanchistischer Positionen verbunden.

Entsprechend dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD steht noch der Austausch der Ständigen Vertretungen in den Hauptstädten beider Staaten bevor. Der Leiter unserer Ständigen Vertretung in der BRD wird ein Außerordentlicher Bevollmächtigter Minister im Range eines Botschafters sein. Der Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR wird von uns genau so behandelt wie die Leiter dritter Staaten, zum Beispiel die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens. Entsprechend ihrer Orientierung versucht die BRD, die Ständigen Vertretungen als innerdeutsche Sondervertretungen zu etablieren. Selbstverständlich weisen wir dies zurück. Es ist zu hoffen, daß auch die Bonner Regierung einsieht, daß die Ständigen Vertretungen auf der Grundlage der Wiener Konvention von 1961 ihre Tätigkeit ausüben, und zwar mit allen Rechten und Pflichten.

Auch nach Abschluß des Vierseitigen Abkommens über Westberlin bleibt Westberlin nach wie vor ein neuralgischer Punkt im europäischen Entspannungsprozeß. Dies sollte uns jedoch nicht davon abhalten, entgegen anderen Bestrebungen für die strikte Einhaltung und Anwendung des Vierseitigen Abkommens über Berlin (West) einzutreten. Entsprechend dem Vierseitigen Abkommen sollten wir uns stets davon leiten lassen, daß

- a) Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und von ihr nicht regiert werden darf,
- b) die Präsenz der BRD in Westberlin abgebaut werden muß.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß seitens der BRD und des Westberliner Senats die Versuche nicht aufgegeben werden, die Festlegungen des Vierseitigen Abkommens in der Praxis zu verletzen und Westberlin soweit wie nur irgend möglich in die Bundesrepublik einzubeziehen.

In unserer gemeinsamen Politik gegenüber Westberlin kommt es unseres Erachtens darauf an, diesen Bestrebungen entgegenzuwirken. Vor allem sollten wir durch eine aktive und konstruktive Politik unsere Positionen in und gegenüber Westberlin festigen. Unter Ausnutzung der Interessenlage Westberlins sollten zielgerichtet direkte Beziehungen und Kontakte zu Westberlin entwickelt werden. Die zuständigen Organe der DDR arbeiten gegenwärtig detaillierte Vorstellungen für eine solche Politik der DDR gegenüber Westberlin aus. Darüber wurden bzw. werden wir mit den Bruderstaaten bilaterale Konsultationen führen. Wir messen der vorgesehenen Beratung der stellvertretenden Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten zu Westberlin betreffende Fragen große Bedeutung zu. Sie wird uns sicher in dieser wichtigen Frage weiter voranhelfen.

Die kürzlich stattgefundene 9. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei konnte feststellen, daß das Leben die vom VIII. Parteitag der SED ausgearbeitete Linie auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik bestätigt hat. Es ist hier nicht am Platze, auf alle Probleme einzugehen. Ich möchte jedoch mitteilen, daß sich die Dinge bei uns normal entwickeln und eine gute Atmosphäre herrscht. Wichtig sind jedoch für die weitere stabile Entwicklung auch der DDR die Meisterung der Probleme der internationalen sozialistischen ökonomischen Integration.

Unsere Partei geht davon aus, daß der weiteren Stärkung des gemeinsamen Wirtschaftspotentials durch die Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration erstrangige Bedeutung bei der Verwirklichung unserer gemeinsam abgestimmten außenpolitischen Grundlinie zukommt. Entscheidend ist, daß wir die Beschlüsse von Prag zur Durchführung des Komplexprogramms mit dem notwendigen Tempo und der erforderlichen Konsequenz verwirklichen. Nur mit der Kraft unserer Gemeinschaft werden wir die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Länder lösen. Nur dies wird uns eine koordinierte Zusammenarbeit mit den hauptsächlich kapitalistischen Ländern auf ökonomischem Gebiet mit höchster Effektivität erlauben. Gemeinsam müssen wir diesen Ländern gegenüber treten. Jeder Alleingang, jede Absonderung, und dies hat Genosse Leonid Iljitsch Breschnew mit Recht festgestellt, kann nur zum Schaden gereichen.

Wir stimmen den Beschlüssen des April-Plenums des Zentralkomitees der KPdSU über die Beschleunigung der Prozesse der sozialistischen ökonomischen Integration voll zu. Wir möchten in diesem Zusammenhang den sowjetischen Genossen für die Initiative und die konstruktiven Vorschläge auf der XXVII. Ratstagung zur Vertiefung der Integrationsprozesse und zur grundlegenden Verbesserung der Arbeitsweise der RGW-Organe danken.

Das Politbüro unserer Partei hat die Ergebnisse dieser Tagung gründlich ausgewertet und die erforderlichen Maßnahmen zur zielstrebigsten Realisierung der gefaßten Beschlüsse eingeleitet.

Wir stehen am Beginn einer neuen historischen Etappe unserer Zusammenarbeit, deren Wesen in einer weitreichenden Verflechtung der Volkswirtschaften unserer Länder besteht. Davon werden auch zahlreiche neue Impulse für ein noch engeres Zusammenrücken auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ausgehen.

Der Zusammenarbeit mit der UdSSR als Zentrum der sozialistischen ökonomischen Integration messen wir auch in der neuen Etappe der Intensivierung der Integrationsprozesse außerordentliche Bedeutung bei.

- Das immer nähere Zusammenrücken unserer Länder erfordert vor allem, daß wir unsere Pläne enger miteinander verbinden. Wir sind deshalb dafür, daß die Integrationsmaßnahmen und die zu ihrer Durchführung notwendigen materiellen, finanziellen und Arbeitskräfteressourcen in gesonderten Planteilen festgelegt werden, die durch das Planungskomitee des RGW zu einem gemeinsam abgestimmten Plandokument vereinigt werden.

Die Verwirklichung dieses Vorschlages wird dazu beitragen, daß die Arbeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe immer mehr den Charakter einer gemeinsamen und abgestimmten Planungs-tätigkeit annimmt.

- Im Vordergrund der gemeinsam zu lösenden Probleme stehen die Rohstoff-Fragen. Wir unterstützen den Vorschlag, ein Treffen der Regierungschefs der RGW-Länder durchzuführen, auf dem diese wichtigen Fragen beraten werden sollen.

Genosse Leonid Iljtsch Breshnew hat die Probleme Indochinas behandelt. Auch wir sind für ein abgestimmtes, koordiniertes Vorgehen in bezug auf Vietnam und aller zu diesem Bereich gehörenden Länder.

Die Notwendigkeit eines abgestimmten und koordinierten Vorgehens der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ergibt sich aus:

- der Bedeutung einer friedlichen Lösung des Indochinaproblems für die Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus;
- der Kompliziertheit des Kampfes um die strikte Einhaltung und Realisierung des Pariser Vietnamabkommens, des Laos-abkommens und der Beendigung der USA-Aggression in Kambodscha;
- den Bestrebungen der Pekinger Führer, ihren Einfluß auf die DRV und die anderen Staaten Indochinas im Sinne ihrer groß-machtchauvinistischen und antisozialistischen Ziele aufrecht-zuerhalten und möglichst zu verstärken.

Davon ausgehend wäre nach unserer Meinung die Orientierung der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft auf folgende Aufgaben notwendig:

- a) Allseitige Unterstützung des Bemühens der Sowjetunion zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien. Die gemeinsame Forcierung dieser sowjetischen Initiative stellte eine Hilfe für die Durchsetzung des Pariser Vietnamabkommens, des Laosabkommens und der Lösung des Kambodscha-problems dar.
- b) Festigung der DRV, Fortsetzung ihres sozialistischen Aufbaus als wesentlichste Voraussetzung zur Stärkung des real existierenden Sozialismus in Südostasien.

Dazu ist weiterhin erforderlich:

- die allseitige politische und diplomatische Unterstützung der DRV für den Ausbau ihrer internationalen Positionen und die Stärkung ihrer internationalen Autorität;
 - die Fortsetzung der materiellen Hilfe und Unterstützung. Um eine hohe Effektivität bei der Realisierung weiterer Hilfeleistungen der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu erreichen, ist es unseres Erachtens zweckmäßig, daß sich die sozialistischen Staaten über die Wünsche der vietnamesischen Genossen gegenseitig informieren und ihr Vorgehen koordinieren. Das würde zugleich eine engere Bindung der DRV an den RGW begünstigen.
- c) Allseitige politische und diplomatische Unterstützung der Provisorischen Revolutionären Regierung der RSV (z.B. Realisierung der Festlegungen des Pariser Vietnamabkommens zu Südvietnam, Beobachterstatus bei der UNO u.a.). Verbesserung der gemeinsamen Information über die Lage in Südvietnam und Sicherung eines einheitlichen Vorgehens. Sicherung eines einheitlichen Vorgehens der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft in der Frage der Gewährung direkter materieller Hilfe entsprechend der RSV-Bitte.

Einige Bemerkungen zur Lage im Nahen Osten.

Auch hier unterstützen wir die Darlegungen des Genossen Breshnew. Durch die kluge und weitsichtige Politik der UdSSR und den Einfluß der sozialistischen Staatengemeinschaft ist es gelungen, eine äußerste Verschärfung der Lage im Nahen Osten zu verhindern.

Dennoch ist die Lage in diesem Gebiet weiterhin gespannt und sehr gefährlich. Sie ist nach wie vor eine mögliche Quelle militärischer Konflikte, die den Weltfrieden bedrohen können. Die zwischen den sozialistischen Ländern vereinbarte Linie in der Politik hinsichtlich des Nahost-Konflikts hat sich als richtig erwiesen. Sie war und ist ein entscheidender Faktor bei der Verhütung eines neuen Krieges. Zweckmäßig ist weiterhin das Eintreten für eine Gesamtlösung auf der Grundlage der Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom November 1967.

Die Hauptaufgabe ist der Abzug der israelischen Truppen von allen während des Juni-Krieges 1967 okkupierten arabischen Territorien sowie das Eintreten für das Recht jedes Staates in diesem Raum auf unabhängige Existenz entsprechend der UNO-Charta bei Sicherung der Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

Die sozialistischen Staaten sollten gemeinsam auftreten und die arabischen Staaten von unüberlegten Aktionen zurückhalten. Der wachsende Einfluß des Imperialismus in den arabischen Staaten und die Gefahren, die sich aus dem Nationalismus ergeben, müssen aufmerksam beobachtet werden.

Ich möchte voll und ganz die Darlegungen von Leonid Iljitsch Breshnew unterstützen, daß wir den sozialpolitischen Prozessen, die sich in Lateinamerika vollziehen, eine große Aufmerksamkeit widmen sollten. Die Entwicklung der chilenischen Revolution ist tatsächlich zu einem wichtigen politischen Faktor im Weltmaßstab geworden und übt schon jetzt - wie mit Recht bemerkt wurde -

einen bedeutenden Einfluß auf die Stimmungen der Massen und die Positionen der politischen Parteien in vielen Ländern aus. Man kann sagen, daß vom Standpunkt der internationalistischen Erziehung und der Solidarität die Frage der weiteren erfolgreichen Entwicklung der chilenischen Revolution von erstrangiger Bedeutung für uns ist.

Auf Grund unserer eigenen Erfahrungen und Verpflichtungen möchte ich voll und ganz das Einverständnis zum Wunsch des Genossen Leonid Iljitsch Breshnew zum Ausdruck bringen, unsere Aktionen in Lateinamerika, insbesondere zur Unterstützung der chilenischen Revolution, zu koordinieren.

In dieser Beziehung besteht große Übereinstimmung sowohl mit der Kommunistischen Partei Chiles und Genossen Corvalan als auch mit Präsident Allende sowie auch mit anderen führenden Vertretern der Sozialistischen Partei Chiles. Unsere koordinierten Aktionen zur Unterstützung der chilenischen Revolution können dazu beitragen, die Unidad Popular zu stärken. Das ist auch die Auffassung der Genossen Corvalan und Allende. Wir unterstützen den Vorschlag des Genossen Leonid Iljitsch Breshnew, zu dieser Frage Konsultationen zwischen den internationalen Abteilungen unserer Zentralkomitees und Vertretern unserer Außenministerien durchzuführen.

Zur Vorbereitung einer neuen Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien

Dank der konstruktiven Politik der UdSSR und der mit ihr eng verbundenen Staaten, dank des weithin sichtbaren Aufschwungs der kommunistischen Bewegung hat sich heute in der Welt eine neue Lage herausgebildet.

Wir sind der Meinung, daß sich die auf den Internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957, 1960 und 1969 gegebenen Einschätzungen und die kollektiv erarbeitete Generallinie des Kampfes unserer Bewegung bewährt haben. Viele Forderungen aus dem Aktionsprogramm von 1969 sind bereits erfüllt oder befinden sich im Prozeß ihrer Realisierung.

Um die neuen, günstigeren Möglichkeiten für die kommunistische Bewegung voll nutzbar machen zu können, wäre es unserer Meinung nach notwendig, darauf Kurs zu nehmen, eine neue Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien durchzuführen.

Die Hauptaufgabe einer neuen Internationalen Beratung besteht nach unserer Auffassung darin, die politische und ideologische Einheit der Kommunisten weiter zu festigen, die Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterparteien den sich herausbildenden neuen Bedingungen entsprechend zu präzisieren.

Uns scheint es ebenso notwendig, daß die kommunistische Weltbewegung insgesamt zu den schädlichen Auswirkungen der Politik und Ideologie der chinesischen Führer Stellung nimmt.

Wir unterstützen den bereits von mehreren Bruderparteien geäußerten Gedanken und von Genossen Breshnew unterbreiteten Vorschlag, eine neue Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas einzuberufen.

Unsere Partei widmet der Entwicklung der Beziehungen zur KPdSU und den anderen Bruderparteien große Aufmerksamkeit. Wir sind der Auffassung, daß sich der Erfahrungsaustausch bewährt hat, obwohl er auf ein höheres Niveau gehoben werden muß. Ich halte es auch für richtig, daß die leitenden Genossen unserer Parteien auch ohne große Formalitäten zusammenkommen, um Meinungen auszutauschen und die Politik abzustimmen.

Besonders betonen möchte ich die große Bedeutung des Freundschaftsbesuches des Genossen L.I. Breshnew im Mai dieses Jahres sowie die Besuche der Genossen Gustav Husak und Edward Gierek. Seit der letzten Krimkonferenz haben wir 17 Delegationen der Bruderparteien aus den sozialistischen Ländern unter Leitung der Ersten Sekretäre bzw. von Mitgliedern des Politbüros, empfangen und 12 hochrangige Delegationen der SED in die sozialistischen Bruderländer entsandt.

Breite Beziehungen entwickelten wir zu den kommunistischen und Arbeiterparteien der nichtsozialistischen Länder. Seit dem letzten Krimtreffen haben wir 157 Delegationen aus 55 Ländern in der DDR empfangen, davon 9 Delegationen der revolutionär-demokratischen Parteien und 3 Delegationen sozialistischer Parteien.

Für unseren gemeinsamen Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa und in anderen Teilen der Welt sind also neue, günstigere Möglichkeiten geschaffen worden.

Unserer Meinung nach kommt es jetzt darauf an, gemeinsam zu beraten und festzulegen, welche Aufgaben wir in der neuen Etappe der internationalen Politik lösen müssen, um das vom XXIV. Parteitag der KPdSU beschlossene Friedensprogramm vollständig zu verwirklichen.

Wir meinen, daß alles getan werden muß, um die Prozesse der Entspannung und der friedlichen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme dauerhaft zu gestalten, so daß die Entwicklung nicht mehr rückgängig zu machen ist. Wir stehen somit vor der keineswegs weniger komplizierten Aufgabe, die erreichten Erfolge zu sichern und auszubauen. Dazu ist vor allem erforderlich, daß die geschlossenen Verträge und Abkommen exakt, nach Geist und Buchstaben verwirklicht werden und die in Vorbereitung befindlichen vertraglichen Vereinbarungen abgeschlossen werden.

Eine der vordringlichsten Aufgaben müßte darin bestehen, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa möglichst bald und erfolgreich abzuschließen. Durch den von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterbreiteten Entwurf einer Generaldeklaration ist die konstruktive Grundlage geschaffen, um dieses Ziel zu erreichen. Damit sichern wir, daß wir auch während der beiden nächsten Phasen fest die Initiative des Handelns in den Händen behalten.

Nachdem nunmehr das Datum für den Beginn der Konferenz über Fragen der Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa feststeht, gilt es, unsere gemeinsame konstruktive Plattform in allen Teilen auszuarbeiten. Zweifellos werden wir auch künftig bestrebt sein müssen zu verhindern, daß Fortschritte auf dieser Konferenz zur Vorbedingung für den erfolgreichen Abschluß der Sicherheitskonferenz gemacht werden. Dieses, von westlicher Seite angestrebte Junktim gilt es zunichte zu machen.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe in der nächsten Zeit ist zweifellos die Koordinierung unserer verstärkten Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten auf politischem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet. Damit erhalten die Beziehungen der friedlichen Koexistenz eine stabile Basis, die einen Teil der imperialistischen Kreise an eine Zusammenarbeit mit den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft über einen langandauernden Zeitraum bindet und den Völkern deren Vorteilhaftigkeit in allen ihren Aspekten beweist.

Unter den veränderten Bedingungen gewinnen in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus immer mehr der politisch-diplomatische Kampf und der ökonomische Wettbewerb an Gewicht. Das müssen wir bei der sich gesetzmäßig verschärfenden ideologischen Auseinandersetzung mit dem Klassengegner berücksichtigen. Unsere Partei ist darauf eingestellt. Das ZK der SED ist der Meinung, daß es zweckmäßig ist, die breiten und vielfältigen Beziehungen zwischen unseren Parteien auf ideologischem Gebiet zu vertiefen und auf Grund der neuen Lage, in der wir uns befinden, zu einer noch engeren Zusammenarbeit unserer Parteien auf diesem Gebiet zu kommen. Deshalb halten auch wir ein Treffen der dafür verantwortlichen Sekretäre unserer Zentralkomitees, eine Frage, wie wir schon oft besprochen haben, für dringend geboten. Dies wird zweifellos dazu beitragen, Schritt für Schritt die Position der sozialistischen Länder zu festigen, ihre Einheit und Geschlossenheit zu stärken und ihren Einfluß auf eine positive Entwicklung in der Weltarena weiterhin zu vertiefen. Man sollte

Überhaupt in geeigneter Weise den Versuch des Imperialismus zerschlagen, den Entspannungsprozeß als sein Verdienst darzustellen. Die Tatsachen sprechen doch offensichtlich für das Gegenteil. Selbstverständlich gilt es weiterhin, unsere gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen auf der gebührenden Höhe zu halten, die die entscheidenden Voraussetzungen für die friedliche Koexistenz schaffen.

Durch unsere konstruktive Politik der friedlichen Koexistenz wird eine sichtbare Differenzierung im imperialistischen Lager insgesamt als auch innerhalb der einzelnen imperialistischen Länder gefördert. Wir sehen unsere Aufgabe darin, jene Kräfte, die aus diesen oder jenen Gründen zu realistischen Positionen neigen, an uns heranzuziehen und zu stärken und jene Kräfte zu isolieren, die auf den Positionen des kalten Krieges beharren. Zugleich orientieren wir im Inneren alle Kräfte auf die weitere allseitige Stärkung unserer sozialistischen DDR als Beitrag für den ständigen Vormarsch der um die Sowjetunion gescharten sozialistischen Staatenfamilie.